

Dialogforum I: Stadtnatur und Generationengerechtigkeit. Wie das Grün auch sozial belebt

Christiane Bunge (UBA)

Kurzinput: Umweltgerechtigkeit – Soziale und räumliche Verteilung gesundheitsrelevanter Umweltbelastungen und -ressourcen



Dipl.-Soziologin Christiane Bunge ist wissenschaftliche Angestellte im Umweltbundesamt im Fachgebiet II 1.1 „Übergreifende Angelegenheiten Umwelt und Gesundheit“. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind in erster Linie die Themen Umweltgerechtigkeit, sowie die Erstellung von Fachinformationen und Öffentlichkeitsarbeit für das Themenfeld Umwelt und Gesundheit sowie Gesundheitsförderung und Migration. Christiane Bunge ist als Redakteurin an der Erstellung des UMID-Themenheftes „Umweltgerechtigkeit – Umwelt, Gesundheit und soziale Lage“ beteiligt.

Kati Partzsch (DUH)

Kurzinput: Stadtnatur und ihre soziale Dimension



Kati Partzsch, Jahrgang 1982, arbeitet seit Juni 2012 bei der Deutschen Umwelthilfe (DUH) im Themenbereich Kommunalen Umweltschutz und betreut das Projekt „Umweltgerechtigkeit durch Partizipation“. Kati Partzsch studierte im Bachelor Forstwissenschaften an der Technischen Universität Dresden und absolvierte anschließend ihr Masterstudium Global Change Management an der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde. Im Rahmen des Masterstudiums wirkte sie in der Transition Town Initiative wandelBar in Eberswalde mit und initiierte den Gemeinschaftsgarten „Zusammen wachsen“ im Brandenburgischen Viertel in Eberswalde.

Moderation: Gerd Wessling (Transition Initiativen)

Moderation und Kurzinput: Transition (Town) Initiativen



Der Dipl.-Physiker und selbstständige IT-Fachmann Gerd Wessling ist Mitbegründer der Transition Town Bielefeld und eines Transition-Netzwerks in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Seit über 4 Jahren begleitet er darüber hinaus die Transition Initiativen in Deutschland und Großbritannien, hält Vorträge im In- und Ausland und arbeitet als Transition-Trainer. Die Transition-Initiativen verstehen sich als Energie- und Kulturwende-Initiativen für einen Kulturwandel hin zu nachhaltigem Leben und Wirtschaften. Ziel der Transition-Initiativen ist es dem Ölfördermaximum und dem Klimawandel Paroli zu bieten.

Das Dialogforum

Kernthema des Dialogforum I „Stadtnatur und Generationengerechtigkeit. Wie das Grün auch sozial belebt“ war die klassische Umweltgerechtigkeits-Debatte. Diese hat ihren Ursprung im urbanen Raum und basiert auf der empirischen Feststellung, dass Umweltbelastungen sozialräumlich ungleich und ungerecht verteilt sind: So werden zum Beispiel Wohngebiete an vielbefahrenen Ein- und Ausfahrtsstraßen zumeist für sozialen Wohnungsbau genutzt. Die ungerechte Verteilung von Umweltbelastungen wird im städtischen Raum zu einem sozialen Problem und es muss gelingen, Umweltbelastungen fair zu verteilen sowie allen Bevölkerungsgruppen einen gleichen Zugang zu Naturräumen zu ermöglichen.

Schon heute leben rund 80 Prozent der deutschen Bevölkerung in Städten – Tendenz weiter steigend! Auch wenn Städte weiterhin noch wachsen und städtische Ballungszentren sich immer stärker entwickeln, darf und muss das nicht zu mehr sozialen Spannungen und einer Verschlechterung der Umweltbedingungen führen. Der Umgang mit und der Zugang zu Natur ist von wesentlicher Bedeutung für das Leben und die Lebensqualität der Menschen im urbanen Raum. Die Erfahrungen zahlreicher innovativer Projekte zeigen, dass die kreative Nutzung von städtischen Brachflächen (z.B. als interkulturelle Gärten) Anwohnern die Möglichkeit zur Mitgestaltung und Naturerfahrung bietet. Wo städtische Grünräume zum Ort der Mitgestaltung und der Begegnung werden, tragen Naturempfinden und Naturgestaltung nicht unwesentlich zu sozialem Ausgleich und zur Identifikation mit dem eigenen Wohnort bei.



Gerade im Themenfeld Stadtnatur werden die Synergien zwischen den Bereichen Umwelt und Soziales besonders deutlich. Gemeinsam gilt es innovative Projekte zu fördern und starke Forderungen zu formulieren, damit partizipative und umweltgerechte Stadtplanung in den Kommunen nicht die Ausnahme bleibt sondern zur Regel wird! Hierzu diskutierten die TeilnehmerInnen des Dialogforums nach drei einführenden, thematischen Kurzinputs die folgenden Leitfragen:

Thema umweltgerechte Stadtplanung in der Kommunalpolitik etabliert werden? Welche Forderungen müssen gegenüber Politik und Verwaltung gestellt werden? Wie können bestehende Initiativen besser unterstützt werden?

Umweltgerechtigkeit – Soziale und räumliche Verteilung gesundheitsrelevanter Umweltbelastungen und -ressourcen

In einem ersten einleitenden Kurzinput stellte Christiane Bunge, wissenschaftliche Angestellte des Umweltbundesamt im Fachgebiet „Übergreifende Angelegenheiten Umwelt und Gesundheit“, wissenschaftliche Daten und Erkenntnisse zur sozialräumlichen Verteilung von Umweltbelastungen und –ressourcen vor. Die Datenlage zeigt, dass sozial schlechter Gestellte von Luftschadstoff- und Lärmbelastungen, mangelndem Zugang zu städtischem Grün und Gesundheitsrisiken deutlich stärker betroffen sind als Einkommensreiche. Das hängt damit zusammen, dass Einkommensschwache meist an stark befahrenen Durchgangs- oder Ausfahrtsstraßen mit hoher Verkehrsdichte oder in Vierteln mit

geringem Grünflächenanteil wohnen. Das Umweltbundesamt greift diese Thematik in zahlreichen Publikationen und Forschungsvorhaben auf. Aktuell berät das UBA unter anderem auch die Berliner Senatsverwaltung für das Modellvorhaben „Umweltgerechtigkeit im Land Berlin“, das die (stadt-)räumliche Verteilung von gesundheitsrelevanten Umweltbelastungen und –ressourcen in Berlin untersucht und aufzeigt.

Stadtnatur und ihre soziale Dimension

Kati Partzsch, Mitarbeiterin im DUH-Projekt „Umweltgerechtigkeit durch Partizipation“, berichtete in ihrem Kurzvortrag über die soziale Dimension und die positiven sozialen Effekte von Stadtnatur. Stadtnatur sei nicht nur schön und biete gute Rückzugsmöglichkeiten zur Naherholung, sondern eröffne gleichzeitig auch Potenziale für Partizipation, Generationen und Kulturen verbindende Begegnungen, Naturerfahrungen oder eine stärkere Identifikation mit dem eigenen Stadtviertel. Das DUH-Projekt „Umweltgerechtigkeit durch Partizipation“ greift diese positiven sozialen Effekte von Stadtnatur unter dem besonderen Fokus der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Wohnumfeld-Gestaltung in sozial benachteiligten Stadtteilen auf. Insgesamt gebe es heute aber noch zu wenige Studien und Daten, die die positiven Effekte von Stadtnatur auch empirisch belegen könnten.

Aus der Erfahrung der Projektarbeit zeigte Partzsch auf, dass BürgerInnen sich vor allem aus Gründen der Geselligkeit in Projekten wie z.B. Gemeinschaftsgärten engagierten. In der Regel engagierten sich aber auch hier in erster Linie die BürgerInnen, die ohnehin schon starkes soziales Engagement zeigten. Entscheidend sei es, die Menschen direkt in ihrem Umfeld ‚abzuholen‘ – nur so könne es erfolgreich gelingen, Menschen unterschiedlicher Herkunft und mit unterschiedlichem kulturellen und sozialem Hintergrund in ein Projekt zu integrieren.

Transition (Town) Initiativen

Gerd Wessling, Mitbegründer der Transition Town Bielefeld und des Transition Netzwerks in Deutschland, Österreich und der Schweiz, gab in seiner Präsentation einen kurzen Einblick in die Ideale und Ziele der Transition Initiativen. Grundidee der Transition Initiativen ist es das Konzept der Permakultur (permanent agriculture) nicht nur auf Landwirtschaft und Gartenbau, sondern auch darüber hinaus auf alle Bereiche des Wirtschaftens anzu-



wenden. Dabei geht es vornehmlich um die Schaffung von nachhaltigen und naturnahen Kreisläufen, um ein ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltiges Wirtschaften mit allen natürlichen Ressourcen zu ermöglichen. So soll die Resilienz von Kommunen gestärkt, also z.B. ihre Abhängigkeit von Erdöl und anderen begrenzten natürlichen Ressourcen verringert werden. Transition Initiativen arbeiten und funktionieren vor allem auf kommunaler Ebene. Kommunalverwaltungen sind für die Transition Initiativen ein guter Ansprechpartner, um Projekte vor Ort zu realisieren.

Den ganzheitlichen Ansatz der Transition Initiativen stellt Wessling dabei besonders heraus. In den Transition Initiativen engagiert sich nicht nur eine Vielzahl von Menschen zu verschiedenen Themen, sondern fänden auch viele kleine Projekte eine Plattform und Öffentlichkeit.

Diskussion: Wie kann das Thema umweltgerechte Stadtplanung in der Kommunalpolitik etabliert werden?

Die TeilnehmerInnen des Forums waren sich darüber einig, dass insbesondere das kurzfristige und oft ausschließlich an ökonomischen Kriterien orientierte Stadtmanagement keine Ansatzpunkte und Potenziale für ökologische Stadtplanung biete. Nur wenige Stadtverwaltungen stünden schon jetzt engagierten Projekten und Initiativen aufgeschlossen gegenüber. Aber auch bei den wenigen positiven Beispielen hänge vieles von den handelnden Verwaltungsakteuren ab. Stadtverwaltungen scheinen den TeilnehmerInnen dennoch geeignete Partner, um die Vernetzung bestehender Initiativen zu fördern, oder Freiräume für zivilgesellschaftliche Initiativen und Experimente zu schaffen.



Um in Zukunft Themen und Anliegen der ökologischen Gerechtigkeit sowie Umweltgerechtigkeit besser und erfolgreicher in den Kommunalverwaltungen platzieren zu können, regte das Forum vor allem eine stärkere Vernetzung der einzelnen Akteure untereinander an. „Insellösungen“ und kleine, über die Stadt verstreute Initiativen reichten nicht aus, um in der Stadtverwaltung ein Umdenken zu erreichen. Übergeordnete Initiativen und Zusammenschlüsse sowie eine bessere Vernet-

zung kleinerer Akteure seien notwendig für eine bessere Kommunikation untereinander, vor allem aber auch um als starkes Interessenbündnis gegenüber der Verwaltung auftreten zu können. Mehr Nachhaltigkeit und Grün in der Stadt bewusst im Stadtmarketing zu nutzen war hier ein konkreter Vorschlag, um Stadtverwaltungen davon zu überzeugen, dass sich die Kosten und Mühen lohnen. Darüber hinaus wurde auch die Bedeutung von Stadtnatur für den Artenschutz hervorgehoben, ein Argument, dass in der öffentlichen Diskussion noch zu wenig genutzt werde. Gerade in alten Parks und Grünanlagen stünden oft Bäume, die es in neu angelegten Gärten oder in der industriellen Forstwirtschaft gar nicht mehr gebe.

Abschließend stellte das Dialogforum fest, dass die Diskussion um Sozialpolitik und soziale Gerechtigkeit in umweltpolitischen Maßnahmen, sich nicht nur mit intergenerationellen und interkulturellen Gärten befassen dürfe. Diese seien zwar wichtig für die Stadt- und Standortentwicklung und deckten eine Vielfalt von städtischen Anforderungen ab, der soziale Beitrag von Umweltpolitik und ökologischen Maßnahmen müsse aber auch über Gartenprojekte hinaus stärker herausgestellt und betont werden.